

Acht DSW-Fragen an die fünf Parteien im aktuellen Bundestag - Frage 7

Hochschulpolitik

Acht DSW-Fragen an die fünf Parteien im aktuellen Bundestag - Frage 7

Wie positionieren sich Bundestagsfraktionen zu unserem DSW-Fragenkatalog im Wahljahr? Hier finden Sie die ungekürzten Antworten aus unserem aktuellen DSW-Journal 2-2017. Frage 7: 18 Jahre nach Bologna: Was muss der Bund aus Sicht der Partei in der nächsten Legislaturperiode tun, um die Studienreform noch erfolgreicher zu machen?

CDU/CSU:

CDU und CSU wertschätzen die Reformleistungen, die die deutschen Hochschulen seit Beginn des Bologna-Prozesses erreicht haben. Angesichts dieser positiven Entwicklung halten wir an der grundsätzlichen Ausrichtung des Reformprozesses fest, auch wenn wir bei Einzelaspekten Verbesserungsbedarf sehen, der nicht zuletzt von den Hochschulen selbst zu leisten ist. Dies betrifft beispielsweise die Anerkennungspraxis für im Ausland erbrachte Studienleistungen als eine wichtige Voraussetzung für studentische Mobilität.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Beschäftigungsfähigkeit des an den Universitäten erworbenen Bachelor-Abschlusses weiter stärken. Dazu müssen die einzelnen Bachelorprogramme in die Grundlagen eines Faches einführen, das heißt ein breites thematisches Fundament vermitteln mit den entsprechenden Anwendungskompetenzen. Das bedeutet aber auch, dass wir eine Diskussion über die Vielzahl der Studiengänge werden führen müssen. Bei der weiteren Ausgestaltung des Europäischen Hochschulraums muss zudem noch mehr für die Sicherung der Qualität von Studium und Lehre getan werden. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck ein.

SPD:

Wir wollen den Erfolg der Bologna-Reformen. Dafür müssen wir im Rahmen des europäischen Hochschulraums Qualitätsanreize setzen. Studieneingangsphasen müssen flexibler gestaltet, Freiräume zur individuellen Studiengestaltung ausgeweitet und die ausufernde Spezialisierung und Inflation von Studiengängen deutlich verringert werden. Das Recht auf einen anschließenden Master-Studienplatz wollen wir in einem ersten Schritt für das Lehramtsstudium verwirklichen.

Bündnis 90/ Die Grünen:

Der Erfolg der Bologna-Reform liegt im Wesentlichen in der Hand der Länder. Wenn durch einen

erneuerten und verstetigten Hochschulpakt u.a. mehr Lehrkapazitäten möglich wird und durch den Qualitätspakt Lehre u.a. die Abbruchquoten sinken, können sich Länder und Hochschulen ihren Kernaufgaben widmen: Studierbarkeit erhöhen durch Entschlacken und „Entschulen“ von Studiengängen, eine Anerkennungsgarantie für Studienleistungen, mehr Master-Studienplätze usw.

Die Linke:

DIE LINKE sieht die bisherige Umsetzung des Bologna-Prozesses als wenig erfolgreich an. Die Ziele des gemeinsamen Hochschulraums, in dem Studienleistungen und Abschlüsse kein Mobilitätshindernis mehr seien sollten, ist noch lange nicht verwirklicht.

Dies gilt zum einen aufgrund des fehlenden Willens in Bundesregierung, Ländern und Hochschulen, einen klaren Rahmen hierfür zu schaffen. Noch immer werden viele Leistungen, die Studierende im Ausland erbracht haben, an ihren Hochschulen nicht anerkannt. Gleiches gilt für im Ausland erworbene Abschlüsse. Ebenso hat die starke Verschulung der Studiengänge in Verbindung mit einer deutlich angewachsenen Anzahl an Prüfungen zu einem vielfachen Verlust des Privatlebens bei Studierenden geführt, da die Mehrzahl neben dem Studium noch einer Beschäftigung nachgeht. Dies macht es ebenso fast unmöglich, in ein Studium in Regelstudienzeit einen Auslandsaufenthalt einzubauen. Die Studien- und Prüfungsordnungen sind in der Regel auf einen strikten Studienverlauf ausgelegt, der semesterübergreifend jeglichen Spielraum für Studierende auf ein Minimum reduziert. Zum zweiten hat die stärkere inhaltliche Fokussierung des Studiums auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes („Employability“) das dort vermittelte Wissen stark verändert. Gerade in den Bachelor-Studiengängen wird auf die Vermittlung von marktgängigen Fähigkeiten und Wissen für den späteren Beruf konzentriert. Dies hat zu einer „Entwertung“ dieser Studiengänge beigetragen, die sich in einer Gehaltsdifferenz von mehr als 25 Prozent gegenüber traditionellen Studienabschlüssen auch in der Wirtschaft zeigt.

Die Fähigkeiten und das Wissen für eine kritische Auseinandersetzung mit Themen außerhalb der Ökonomie und ökonomischen Bewertungsmaßstäben geht hierdurch oft verloren und schränkt den Horizont einer Gesellschaft zur Lösung von Herausforderung wie dem Klimawandel oder der wachsenden sozialen Spaltung deutlich ein.

Darüber hinaus wurde die soziale Komponente dieses Prozesses vernachlässigt. Studierende aus dem Ausland oder die ins Ausland gehen und aus armen Elternhäusern kommen, sind auf finanzielle Unterstützung für ihren Lebensunterhalt angewiesen.

Neben dem derzeit nicht bedarfsdeckenden BAföG (siehe Frage 4) stehen nur noch eine begrenzte Anzahl an Stipendien zur Verfügung. Ein Förderung durch diese unterliegt einem gewissen Zufall, wobei Studien über die Stipendiensysteme in Deutschland ergeben haben, dass die Chancen je nach Herkunft unterschiedlich verteilt sind. In der Regel gilt hier, je höher der Bildungsabschluss der Eltern, desto höher die Chance einer Förderung. Damit wird vor allem der Personenkreis von einem Auslandsaufenthalt abgehalten, der sowieso bereits an den deutschen Hochschulen unterrepräsentiert ist.

Neue soziale Hürden wurden zudem über das nun zweigliedrige Studiensystem aufgebaut. Der Übergang ist in vielen Masterstudiengängen durch Zulassungsbeschränkungen versperrt, die über einen grundständigen Studienabschluss hinausgehen. Bei zulassungsbeschränkten Studiengängen lassen sich ebenso soziale Selektionsmechanismen ähnlich denen im Stipendiensystem feststellen.

Daher fordert DIE LINKE,

- eine Umsteuerung bei der Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung (siehe Frage 2)
- eine Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (siehe Punkt 4)

- eine Änderung der Strukturvorgaben für Bachelor- und Masterstudiengänge: der Zugang zum Masterstudium mit Ausnahme von weiterbildenden Masterstudiengängen neben einem Bachelorabschluss darf von keinen weiteren Zugangskriterien abhängig gemacht werden
- das Recht auf einen Zugang zum Bachelor für alle Studienberechtigten sowie einen freien Zugang zum Master für alle Bachelorabsolventen
- ein Bundeshochschulzulassungsgesetz, das das Recht auf einen Bachelor- wie auch auf einen Masterplatz verbindlich sichert
- ein einheitliches Zulassungssystem, das öffentlich finanziert und rechtlich, technisch und organisatorisch von öffentlichrechtlicher Hand betrieben wird
- Einräumung sozialer Kriterien bei der Vergabe der Studienplätze
- eine gezielte Förderung bisher an den Hochschulen unterrepräsentierter Gruppen
- Einwirken auf die anderen Signatarstaaten der Bologna-Erklärung, die soziale Dimension des Bologna-Prozesses zu stärken: Einrichtung eines „European Observatory on the Social Dimension of Higher Education“ mit verbindlichen Zielen zur Öffnung der Hochschulen und zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden.

27.06.2017

Source URL: <https://www.studentenwerke.de/de/content/acht-dsw-fragen-die-f%C3%BCnf-parteien-im-5>

Links

[1] <https://www.studentenwerke.de/rss-feed.xml>

[2] <https://www.studentenwerke.de/de/print/979642>

[3] <https://www.studentenwerke.de/de/printpdf/979642>

[4] <mailto:administrator@studentenwerke.de?Subject=UserMail%20text>

[5] <mailto:?Subject=Stundentenwerke.de+-+geteilter+Link&body=https%3A%2F%2Fwww.studentenwerke.de%2Fde%2Fcontent%2Facht-dsw-fragen-die-f%25C3%25BCnf-parteien-im-5>

[6] <https://twitter.com/share>

[7] <https://www.facebook.com/sharer/sharer.php?u=https://www.studentenwerke.de//de/content/acht-dsw-fragen-die-f%C3%BCnf-parteien-im-5>

[8] <https://plus.google.com/share?url=-->